

Pfarramt für Ökumene
im Ev. Dekanat Groß-Gerau - Rüsselsheim
Pfarrer Wolfgang Prawitz

Marktstraße 7 - 65428 Rüsselsheim
Tel.: 06142 91367-21
Fax: 06152 - 92 77 83
Mobil: 0151 58 72 60 16
Mail: prawitz@t-online.de

Rede zum Gedenken an die Kornsandmorde – 21.03.2018

21. März 1945: die Ermordung

Am 21. März 1945, einem sonnigen Mittwoch, erklärte Kaiser sich dann bereit, die Erschießung durchzuführen. Er ging allein zu den an den Gräbern stehenden Gefangenen und tötete sie durch Genickschuss. Bevor er Cerry Eller erschoss, gestattete er ihr noch einen letzten Blick über den Rhein zu ihrem Heimatort Nierstein.

So kann man es auf der Webseite „Kornsandverbrechen.de“ unter der Rubrik „Die Tat“ nachlesen. Auch heute ist ein sonniger Mittwoch, 73 Jahre später.

Der genannte Kaiser, Hans Kaiser, war zur Tatzeit 19 Jahre alt. Über ihn erfahren wir auf dieser Website, dass er im Sommer 1944 an einem Unteroffizierslehrgang teilnahm und Zeuge wurde, wie die der Teilnahme an den Vorgängen des 20. Juli verdächtigen Offiziere des Lehrgangs in der Nähe von Thorn kurzerhand durch Genickschuss liquidiert wurden. Er kam als Offizier z.b.V. (zur besonderen Verwendung) zum Kampfkommandanten des Brückenkopfes Oppenheim-Nierstein.

Wir sind heute hier, um zu erinnern – um uns zu erinnern, aber auch um die Erinnerung an dieses unmenschliche Verbrechen, an die unmenschlichen Verbrechen der Nazis insgesamt wachzuhalten und diese Erinnerung zu erneuern.

Der Gedenkstein hier sagt es so:

Im Anblick ihrer Heimat wurden hier schuldlos erschossen:

Eberhardt, Georg aus Nierstein
Eller, Cerry aus Nierstein
Eller, Johann aus Nierstein
Lerch, Nikolaus aus Nierstein
Schuch, Jakob aus Nierstein
Gruber, Rudolf aus Oppenheim

Den Toten zum Gedächtnis!
Den Lebenden zur Mahnung!
Damit, was hier geschah,
sich nie wiederhole.

Wir brauchen die Erinnerung, damit sich, „was hier geschah“, nie wiederhole.

In Memoriam Memoriae

Die Erinn'ung ist eine mysteriöse
Macht und bildet die Menschen um.
Wer das, was schön war, vergißt, wird böse.
Wer das, was schlimm war, vergißt, wird dumm.

So sagte es Erich Kästner. Erinnern ist die Form, in der wir uns mit unserer Geschichte und damit mit unserer Identität auseinandersetzen. Das ist kein abschließbarer Prozess, sondern es geschieht immer wieder neu. Sei es, dass neue Erkenntnisse gewonnen werden, sei es, dass die Gegenwart neue Fragen an das Erinnerte aufwirft. Ich glaube, in einer solchen Situation stehen wir heute. Unsere Gegenwart wirft neue Fragen an unsere Erinnerung auf. Wie tut sie das? Wo tut sie das? Indem sie beginnt, das zu wiederholen, was doch nie mehr wiederholt werden sollte und nie mehr wiederholt werden darf.

„Damit, was hier geschah, sich nie wiederhole.“ Damit ist ja nicht nur der furchtbare Tiefpunkt gemeint, der Hans Kaiser als Mörder hervorbrachte. Damit ist doch auch und immer wieder gemeint: Die Ausgrenzung und Verfolgung von Menschen, die als „anders“ diffamiert und ausgeschlossen, dann verfolgt, gequält und am Ende als nicht dazugehörig kategorisiert und letztlich ihres Menschseins beraubt werden.

Drei der Opfer der Kornsandmorde wurden bereits seit Beginn der Nazi-Zeit wegen ihrer politischen Überzeugungen verfolgt und zeitweise im KZ Osthofen interniert und gequält: Georg Eberhardt war Mitglied in der KPD. Nikolaus Lerch war ebenfalls Mitglied der KPD. Jakob Schuch gehörte dem sozialdemokratischen "Reichsbanner" an. Bei Familie Eller kam zur sozialdemokratischen Haltung noch die jüdische Herkunft von Cerry Eller dazu. Familie Eller galt den Nazis als „nicht-arische“ Familie und wurde entsprechend verfolgt. Etliche ihrer Angehörigen wurden in Konzentrationslagern ermordet. Cerry Eller, geborene Hirsch, war im Zusammenhang mit ihrer Hochzeit zum Evangelischen Glauben übergetreten. Der Uhrmacher Rudolf Gruber weigerte sich, sich für einen unsinnigen Militäreinsatz verheizen zu lassen. "Wegen Feigheit vor dem Feind erschossen", schrieben die Nazis nach Grubers Ermordung in dessen Soldbuch.

Lassen Sie mich als evangelischen Pfarrer einen Aspekt aus der Geschichte unserer Kirche zur Sprache bringen, erinnern. Sie werden gleich merken, warum ich das heute tue. Die Evangelische Kirche hat in der Zeit des Nationalsozialismus unendliche Schuld auf sich geladen. Sie hat sich überwiegend den Nazis nicht nur nicht entgegengestellt, sondern sie hat sie vielfach unterstützt. Und sie hat sich gegen sich selbst vergangen, als sie getaufte Christinnen und Christen, die aus dem Judentum konvertiert waren – wie auch die ermordete Cerry Eller –, der Verfolgung preisgegeben hat. Sie hat sie nicht geschützt, obwohl doch die Taufe auch eine Schutzzusage Gottes bedeutet. Aus ihren Verfehlungen hat die Kirche gelernt. Im Grundartikel der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau heißt es: „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie [die EKHN] neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen.“ Und heute gibt es erneut eine Debatte über Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Kirche. Rechtspopulisten beanspruchen für sich, das „christliche Abendland“ zu verteidigen. Sie kennen vielleicht das kleine Buch des Echter-Verlags aus Würzburg, eines Fachverlages für christliche Literatur, oder haben davon gehört. Unter dem Titel „Alternative für Christen“ geht der nicht genannte Autor der Frage nach möglichen Schnittstellen zwischen dem christlichen Glauben und den Positionen der AFD nach.

Ergebnis: Die 32 Seiten des Buchs sind überwiegend leer. Vereinzelt finden sich Sätze wie:

„Wir haben recherchiert und haben herausgefunden: Da gibt es nichts, gar nichts.“

Die ehemalige Vorsitzende des Arbeitskreises „Christen in der AfD“, Anette Schultner, ist im Herbst 2017 aus der AfD ausgetreten. „Der Grund für meinen Austritt liegt in der Radikalisierung der AfD“, heißt es in einem öffentlichen Brief dazu. Schultner kommt „mit großem Bedauern zu der Einschätzung, dass der Punkt, an dem man auf eine Umkehr dieser Fehlentwicklung berechtigt hoffen konnte, längst überschritten ist“.

Und ebenfalls im Herbst 2017 hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland sich mit dem erstarkenden Rechtspopulismus in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt und dazu folgenden Beschluss gefasst. Ich lese ihn in Auszügen:

1. Die Synode der EKD stellt fest, dass rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, frauenfeindliche und völkisch-nationalistische Einstellungen in unserer Gesellschaft anwachsen und in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen vertreten sind. Auch unter Mitgliedern der Kirchen sind solche Einstellungen anzutreffen. Die Würde eines jeden Menschen, begründet in der Ebenbildlichkeit Gottes, und das Gebot der Nächstenliebe sind unaufgebbare Grundlagen unseres Glaubens. Sie sind nicht vereinbar mit Haltungen und Ideologien, die Hass und Gewalt verbreiten und eine Ungleichheit von Menschen und daraus resultierende Ungleichbehandlungen, Ausgrenzungen und Feindschaft postulieren.

2. Die Synode der EKD erkennt hinter diesen Entwicklungen unterschiedliche Ursachen, die nach einer differenzierten Antwort verlangen. Sie sieht hierin eine Aufgabe für die Gliedkirchen, die Diakonie und die Kirchengemeinden.

Sie dankt denjenigen, die sich seit Jahren bereits in diesem Feld engagieren. Sie regt an und ermutigt dazu,

- dass Kirchen und Gemeinden sich schützend vor Menschen stellen, die Angriffen aus rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Motiven ausgesetzt sind, und dies in der Öffentlichkeit offensiv vertreten;

- jeder Inanspruchnahme vermeintlich christlicher Werte zur Begründung einer Abschottung unserer Gesellschaft entschieden zu widersprechen;

- die bereits bestehenden kirchenrechtlichen Möglichkeiten und Verfahrenswege auszuschöpfen, durch die die Personen, die rechtsextremes, rassistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut vertreten, von der Wahl zu einem kirchlichen Amt ausgeschlossen werden;

- *ihre bisherigen Anstrengungen zu verstärken und neue Angebote zu entwickeln, die Menschen ermöglichen, ihren Glauben als befreiende Botschaft zu erfahren, die den Nächsten in den Blick nimmt, Halt und Zuversicht gibt und so vor rechtsextremem Gedankengut schützt;*

- *dass die Gliedkirchen insbesondere in ihrem Bildungshandeln an unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Zielgruppen (Kindertagesstätten und Jugendarbeit, Schulen, Erwachsenenbildung und Familienbildung) ein deutliches Gewicht auf das*

Einüben demokratischer und partizipatorischer Verfahrensweisen und Gesprächsformen legen und in ihrer Aus- und Fortbildung verstärkt zum Einsatz bringen;

- bereits bestehende Arbeitsmaterialien und Handreichungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekannt zu machen und zu verbreiten bzw. solche für den eigenen Bedarf neu zu erstellen. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer theologisch begründeten Argumentation gegen rechtsextremes Gedankengut;

- den interreligiösen Dialog insbesondere mit den muslimischen Gesprächspartnern und den jüdischen Gemeinden als kirchliche Aufgabe zu verstehen und weiterzuentwickeln;

- die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitenden zu stärken und die interkulturelle Öffnung von Kirchen und Gemeinden zu fördern;

- sich in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen weiterhin nachdrücklich für eine soziale Integration von Menschen einzusetzen, die in Stadtteilen und Regionen leben, die unter Armut, fehlenden Beschäftigungs- und Bildungschancen und mangelnder Infrastruktur leiden;

- sich als Kirche in eine konzeptionell durchdachte, inklusive Gemeinwesenarbeit einzubringen und von den politischen Amtsträgern größere Anstrengungen für eine soziale Integration einzufordern;

- in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Gesprächsmöglichkeiten für Menschen zu eröffnen, die unter Ängsten und Verunsicherung angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft leiden. Die Gespräche sollen nicht als Podium für das Schüren weiterer Ressentiments missbraucht werden können. Kirche kann und soll in solchen Dialogen keine neutrale Position vertreten. Sie kann aber dazu beitragen, dass Gespräche gut geleitet und moderiert werden und sachliche Argumente Gehör finden.

*Bonn, den 15. November 2017 Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland
Dr. Irmgard*

Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Erklärung heute sehr notwendig ist. Und ich bin davon überzeugt, dass sie nur möglich wurde, weil wir uns erinnern. Erinnern, „damit sich, was hier geschah, nie wiederhole.“ Die beschriebenen Aufgaben sind die Aufgaben der Kirchen. Und zugleich sind sie Aufgaben aller zivilen Kräfte in einer demokratischen und offenen Gesellschaft.

Im April findet in Klein-Gerau wieder einmal ein Training zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parolen statt. So sollte die Veranstaltung ursprünglich auch heißen. Unser Öffentlichkeitsarbeiter Peter Wagner hat das aber in zwei Worte zusammengefasst und zugespitzt: Contra geben. Denn darum geht es.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.